

Zusammenarbeit mit den Zollbehörden

Die Marktüberwachung in Europa gewährleistet ein hohes Schutzniveau in Bezug auf öffentliche Interessen wie Gesundheit und Sicherheit im Allgemeinen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Verbraucher- und Umweltschutz. Diese Anforderungen müssen alle auf dem EU-Markt bereitgestellten Produkte entsprechen, unabhängig davon, ob sie in der EU oder in einem Drittstaat hergestellt wurden.

Die Verordnung (EU) 2019/1020 (MÜ-VO), im Speziellen ihr Kapitel VII, ist die Grundlage des Handelns der Zoll- und Marktüberwachungsbehörden bei Kontrollen von Produkten, die auf den Unionsmarkt gelangen sollen. Dabei ist zu beachten, dass die Zoll- und Marktüberwachungsbehörden nach den Artikeln 25 bis 28 der MÜ-VO nur bei Produkten tätig werden können, die zur Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr angemeldet werden, um im Rahmen einer Geschäftstätigkeit in Verkehr gebracht zu werden. Eine Geschäftstätigkeit liegt auch dann vor, wenn ein Wirtschaftsakteur aus einem Drittstaat, z.B. im Versand- oder Internethandel, ein Produkt im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit an einen privaten oder gewerblichen Endnutzer in der Union abgibt.

Die wirksamste Art und Weise zu gewährleisten, dass keine unsicheren oder nicht mit den Anforderungen übereinstimmenden Einfuhrwaren in Verkehr gebracht werden, ist die Durchführung geeigneter Kontrollen dieser Produkte vor der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr. In diese Kontrollen sind die Zollbehörden einzubinden, weil sie die einzigen Behörden mit einem vollständigen Überblick über die die EU-Außengrenzen überschreitenden Handelsströme sind.

Zudem muss sichergestellt sein, dass die EU-Vorschriften für Kontrollen der Produktsicherheit und der Übereinstimmung mit den Anforderungen einheitlich durchgesetzt werden. Dies kann durch eine systematische Zusammenarbeit von Marktüberwachungs- und Zollbehörden erreicht werden.

Diese Zusammenarbeit gewährleistet, dass die EU-Bürger das gleiche Schutzniveau genießen, da Waren nach ihrer Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr innerhalb des Binnenmarkts frei verkehren können.

Die Zollbehörden setzen gemäß Artikel 26 Absatz 1 der MÜ-VO die Überlassung eines Produkts zum zollrechtlich freien Verkehr aus, wenn bei den Kontrollen mindestens einer der folgenden Sachverhalte festgestellt wird:

- a) dem Produkt liegen nicht die im Unionsrecht vorgeschriebenen Unterlagen bei oder es bestehen begründete Zweifel an der Echtheit, der Richtigkeit oder der Vollständigkeit dieser Unterlagen,
- b) das Produkt ist nicht nach dem darauf anwendbaren Unionsrecht gekennzeichnet oder etikettiert,
- c) das Produkt trägt eine CE-Kennzeichnung oder eine andere nach dem darauf anwendbaren Unionsrecht vorgeschriebene Kennzeichnung, die auf nicht wahrheitsgemäße oder irreführende Weise angebracht worden ist,
- d) der Name, der eingetragene Handelsname oder die eingetragene Handelsmarke und die Kontaktangaben, einschließlich der Postanschrift, eines Wirtschaftsakteurs, der für das Produkt, das bestimmten Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unterliegt, zuständig ist, sind nicht gemäß Artikel 4 Absatz 4 MÜ-VO angegeben oder erkennbar, oder
- e) aus anderen Gründen besteht Anlass zu der Annahme, dass das Produkt den für es geltenden Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union nicht entspricht oder dass es ein ernstes Risiko für Gesundheit, Sicherheit, Umwelt oder ein anderes öffentliches Interesse nach Artikel 1 der MÜ-VO darstellt.

Die Zollbehörde informiert die für das Produkt fachlich zuständige Marktüberwachungsbehörde über die Aussetzung der Überlassung.

Kommt die Marktüberwachungsbehörde zu dem Ergebnis, dass das Produkt in Verkehr gebracht werden darf, so teilt sie dies der Zollbehörde mit. Die Zollbehörde übernimmt dann die weitere zollrechtliche Abfertigung und überlässt das Produkt zum zollrechtlich freien Verkehr (Artikel 27 Satz 1 Buchstabe b) MÜ-VO).

Kommt die Marktüberwachungsbehörde zu dem Ergebnis, dass das Produkt nicht in Verkehr gebracht werden darf, weil mit dem Produkt ein ernstes Risiko verbunden ist oder, weil es nicht den anwendbaren Unionsvorschriften entspricht, informiert sie hierüber die Zollbehörde. Zudem fordert sie die Zollbehörde auf, das Produkt nicht zum zollrechtlich freien Verkehr zu überlassen und den nach Artikel 28 Absatz 1 bzw. 2 MÜ-VO vorgesehenen Vermerk anzubringen.

Die Marktüberwachungsbehörden können jedoch auch beschließen, die betreffenden Produkte zu vernichten oder auf andere Weise unbrauchbar zu machen, wenn sie dies für erforderlich und verhältnismäßig erachten.

Die Pflichten der betreffenden Wirtschaftsbeteiligten:

Der **Hersteller** ist in der Regel der einzige Wirtschaftsbeteiligte, der für die Herstellung bzw. Entwicklung des Produkts in Übereinstimmung mit den geltenden Harmonisierungsrechtsvorschriften bzw. gegebenenfalls sonstigen Vorschriften verantwortlich ist.

Bei einem Einfuhrprodukt spielt der **Einführer** eine wichtige Rolle, da er für das Produkt verantwortlich ist, das er auf dem EU-Markt in Verkehr zu bringen beabsichtigt.

Daher wird er nur Produkte auf dem EU-Markt bereitstellen, die sicher sind und die die Anforderungen erfüllen.

Bevor er ein Produkt auf den Markt bringt, muss er zudem sicherstellen, dass:

- die entsprechende Konformitätsbewertung durchgeführt wurde;
- der Hersteller angemessene technische Unterlagen erstellt hat und
- das Produkt, wenn nötig, mit den entsprechenden Konformitätskennzeichnungen, z.B. der CE-Kennzeichnung, versehen ist.
- das Produkt gemäß Artikel 4 Absatz 4 MÜ-VO gekennzeichnet wird.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten (Behörden sowie Wirtschaftsakteure) ist die Voraussetzung für ein Mindestmaß an die Produktsicherheit und für die Übereinstimmung mit den Anforderungen.